

NEPAL

Haft wegen Heilungsgebet gegen Corona-Virus

Als „Gefangenen des Monats Juli“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den in Nepal inhaftierten Pastor Keshab Acharya aus Pokhara (Provinz Gandaki Pradesh) benannt. Weil er ein Gebet gegen das Corona-Virus im Internet veröffentlichte, sitzt der 32-Jährige seit dem 23. März hinter Gittern. „Mit der Macht des Herrschers dieser Schöpfung rüge ich Dich. Mit der Macht im Namen unseres Herrn Jesus Christus, geh fort und stirb, Corona“, sprach er. Die Polizei warf ihm zunächst „Irreführung der Öffentlichkeit“ vor. Der Internetprediger habe in den sozialen Medien Falschinformationen über das Virus verbreitet. Drei Männer und eine Frau von der Polizei klingelten abends an seiner Tür, gaben sich als Christen aus und baten um ein gemeinsames Gebet. Als der Pastor sie in die Wohnung hereingelassen hatte, umzingelten sie ihn und nahmen den Vater

Appellbrief

Ihre Exzellenz
Bidhya Devi Bhandari
Präsidentin
via Botschaft der Demokratischen Bundesrepublik Nepal
Guerickestrasse 27, 2. Stock
10587 Berlin
Fax: 030-343599-06

Exzellenz,
ich wende mich an Sie, um mich für einen jungen Familienvater, der seit dem 23. März 2020 in Nepal in die Mühlen der Justiz geraten und inhaftiert ist, einzusetzen. Es handelt sich um Pastor Keshab Acharya, 32 Jahre alt und zweifacher Familienvater, aus Pokhara in der Provinz Gandaki Pradesh. Er gehört der Minderheit der Christen in Ihrem Land an und veröffentlicht häufig Ansprachen und Gebete im Internet. So betete er auch, dass das Corona-Virus besiegt werden möge, das weltweit Menschen befällt und einen Großteil der Länder Erde zu drastischen Einschränkungen des täglichen Lebens zwingt. Dass sein Gebet zur Eindämmung der Pandemie beitragen kann, ist Teil seiner religiösen Überzeugung, die er gemäß Artikel 18 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte öffentlich bekennen darf. Zunächst wurden Acharya Irreführung der Öffentlichkeit durch Falschinformation vorgeworfen und dann schließlich Verletzung religiöser Gefühle sowie Missionieren zur Last gelegt, Vorwürfe, denen sich zunehmend häufiger nepalesische Christen ausgesetzt sehen. Ich bitte Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um auf eine Freilassung des Christen hinzuwirken.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: YOUTUBE

zweier kleiner Kinder vor den Augen seiner Familie fest. In der Zeit vor seiner Inhaftierung erhielt der Pastor Beschimpfungen und Morddrohungen durch Anrufer. Am 8. April sollte er zunächst auf Kautions freigelassen werden. In dem Moment, in dem er in Begriff war, das Gefängnis zu verlassen, wurde er erneut festgesetzt. Nun lautete der Vorwurf, er habe religiöse Gefühle verletzt und missioniert. Bis 2006 war der Hinduismus in Nepal Staatsreligion, in seiner aktuellen Verfassung jedoch erklärt sich das Land zwischen Indien und China zu einem säkularen Staat. Vergleichbar mit der Situation in Indien gilt in dem Nachbarland seit 2018 auch eine Anti-Konversionsbestimmung. Am 13. Mai wurde Acharya in ein anderes Gefängnis verlegt, nach Dolpa, das so berüchtigt wie auch abgelegen ist. Das Distriktgericht ordnete zwischenzeitlich ausdrücklich an, ihn nicht gegen Kautions freizulassen.

TÜRKEI

Zunehmend mehr Christen werden des Landes verwiesen

IGFM fordert Beendigung der Abschiebungspolitik und Wiederzulassung der Ausbildung einheimischer Theologen

Am Ende 23. Mai endete der islamische Fastenmonat Ramadan, was einige Staaten mit islamischer Bevölkerungsmehrheit zum Anlass nehmen, Zeichen der Versöhnung und Wiedergutmachung zu setzen. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) sah darin die Gelegenheit, die Türkei zur Überwindung von religiös motivierten Menschen-

rechtsverletzungen aufzurufen. Konkret forderte die IGFM, Ausweisungen von missionarisch aktiven Christen zurückzunehmen sowie die Rückkehr bereits ausgewiesener Christen zu ermöglichen.

Ein Beispiel für dieses Unrecht ist der Fall des Ehepaares Stephen und Deborah Coombs aus einer protestantischen Gemeinde

in Mardin. Es wurde im März 2020 aufgefordert, die Türkei umgehend zu verlassen. Das türkische Innenministerium stuft das in seiner Gemeinde aktive Ehepaar als Sicherheitsrisiko für die Türkei ein.

Die evangelische US-Amerikanerin Joy Subasigüller lebt seit zehn Jahren in der Türkei. Nun droht ihr jeden Tag die Abschiebung. Ihr Mann Lutfü ist Türke und

ehrenamtlicher Pastor einer protestantischen Kirchengemeinde in Ankara. Gerade erst im März 2020 hat die Familienmutter ihr drittes Kind geboren. Die Eltern in den USA sind bereits verstorben, weshalb sie dorthin auch keine Bindung mehr hat.

Betroffen sind in Gemeinden aktive Christen, ihre Ehepartner und weitere Familienangehörige, so dass allein in diesem Jahr bereits 60 bis 70 Personen Opfer dieser Politik geworden sind. Im Jahr 2019 wurden – nach Informationen der IGFM – 29 in ihren türkischen Gemeinden aktive protestantische Christen aus der Türkei ausgewiesen. Die Betroffenen werden sämtlich inoffiziell als „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ dargestellt. Bereits seit Juli 2017 verweist die Türkei ausländische Christen des Landes, wovon rund 200 Personen be-



Familie Subasigüller

troffen sind. Sie sind in der Türkei integriert, gehen dort ihrem Beruf nach, haben meist Ehepartner, Kinder in Ausbildung und auch Eigentum. Sie stammen aus Deutschland, Großbritannien, Finnland, USA, Neuseeland, Kanada und Australien.

„Die Religionsfreiheit einschließlich des Rechts auf Mission wird in der türkischen Gesetzgebung garantiert. Eine Ausweisung von missionarisch aktiven Gläubigen ist rechtswidrig. Die Anschuldigung, die Betroffenen seien eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit, ist lächerlich und empörend“, erklärt dazu Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM. Die Zahl der Christen in der Türkei beträgt weniger als ein Prozent, nimmt derzeit durch den Zustrom von Flüchtlingen und Hervortreten von sogenannten Kryptochristen leicht zu. Die Christen sind auf ausländisches Personal angewiesen, da die Ausbildung in der Türkei offiziell verboten und theologische Seminare dort geschlossen wurden. Seit Jahrzehnten bereits fordert die IGFM deren Wiedereröffnung.

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

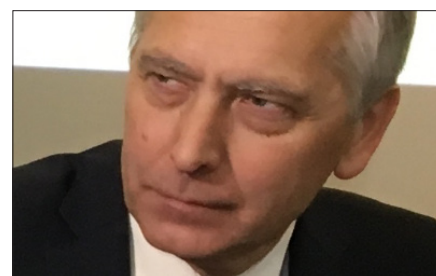
Abschaffung des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit ein fatales Signal

Scharfe Kritik am offiziellen Aus für das Amt des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit außerhalb der Europäischen Union übt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Die Entscheidung der EU-Kommission erfolge „zu einer Zeit, in der es in vielen Staaten weltweit lebensgefährlich ist, seine Religion auszuüben, die Religion zu wechseln oder gar keiner Religion anzugehören. Das Signal, das von einer Beendigung dieses Auftrags nach bereits vier Jahren ausgeht, ist fatal“, erklärt Edgar Lamm, Vorsitzender der IGFM.

Das Amt war im Mai 2016 geschaffen worden, nachdem das Europäische Parlament rund drei Monate zuvor die Errich-

tung mittels einer Resolution eingefordert hatte. Der frühere slowakische Minister und ehemalige EU-Kommissar Ján Figel bekleidete die Position seither. Europa hat selbst einen langen blutigen Weg hinter sich gebracht, bis es auf dem Kontinent zu einem umfassenden Schutz dieses Rechts gekommen ist.

Menschenrechtsverletzungen nehmen derzeit massiv zu, insbesondere die Missachtung der Religionsfreiheit, beobachtet die IGFM. Bei der Verteilung von Hilfen in der Pandemiekrise werden Minderheiten gravierend benachteiligt. Diktaturen missbrauchen die Bestimmungen zur Eindämmung der Seuche, um Opposition, darun-



Ján Figel

ter Verteidiger der Religionsfreiheit, zum Schweigen zu bringen.

„Bei der Ausreise der wegen Blasphemie zunächst verurteilten und später freigesprochenen Christin Asia Bibi aus Pakistan spielte der Sonderbeauftragte eine entscheidende Rolle. Angesichts eng begrenzter Mittel habe er beachtliche Aktivitäten entwickelt. Figel hätte vielmehr noch Verstärkung und eine Aufstockung seiner Mittel benötigt“, sagt Lamm.

ÄGYPTEN

Zabbalin – Christen am Rande der Gesellschaft

Der 37-jährige Geograph Sebastian Drabinski arbeitet mit der regierungsunabhängigen Einrichtung „Kooperative zur Entwicklung der Umwelt“ in einem Viertel Kairo namens Moytamadeia, die in den 80er Jahren von der deutschen Ordensschwester Maria Grabis gegründet wurde. Er berichtet der IGFM: „Dies ist ein koptisches Viertel, das überwiegend von den sogenannten Müllmännern, auf Arabisch Zabbalin, bewohnt wird. Aus Moytamadeia erfuhr ich, dass sich die Armut jetzt aufgrund der Pandemie-Krise noch verschärft hat. Monatlich erhalten daher durch uns, die „Environmental Development Association Moytamadeia“ (EDAM), 100 Familien erhalten je ein Hilfspaket mit

Grundnahrungsmitteln: Öl, Reis, Nudeln, verschiedene Teesorten. Außer uns und der koptischen Kirche ist dort niemand, der etwas bewegt. Der Staat ist dort nicht präsent, um den Menschen das Leben zu erleichtern, etwa um Schulen zu bauen.

Die Zabbalin leisten aber eine su-



per wertvolle Arbeit: Rund 90 Prozent des Mülls wird so wiederverwertet. In Deutschland liegt diese Quote wohl bei 40 Prozent. Die Arbeitsbedingungen sind jedoch schockierend, einfach katastrophal. In den Sortierbereichen sah ich schon eine Mutter mit fünf kleinen Kindern, die ihr Frühstück im Müll einnahmen, oder bei anderer Gelegenheit eine Mutter, die ihren Kindern abgenagte Knochen aus einer Tüte in den Abfällen reichte. Sie erfahren weder seitens des Staates noch der Gesellschaft Wertschätzung, obwohl sie schätzungsweise ein Drittel des gesamten Mülls in Kairo recyceln. Weil sie wenig Bildung erhalten haben und im Schmutz leben, blicken viele Ägypter auf sie herab.“